



Rehkitze sind beim Mähen besonders gefährdet

Rehkitze sind beim Mähen besonders gefährdet - Mehr als 100.000 Tiere werden jährlich getötet - Forschungsprojekt des Landwirtschaftsministeriums soll helfen, Wildtiere besser zu schützen. Zurzeit bringen wieder viele Rehe ihre Jungen zur Welt. Nach dem Fuchs sind die Mähmaschinen der größte Feind der Rehkitze: Jedes Jahr fallen bei der Grünlandmäh bundesweit mehr als 100.000 Rehkitze, aber auch Hasen und Bodenbrüter den Landmaschinen zum Opfer. Bei Rehen ist der Grund dafür der sogenannte "Drückinstinkt" der Jungtiere in den ersten Lebensstagen: Anstatt zu fliehen, verharren die Kitze meist reglos auf dem Boden, sobald ihnen Gefahr droht. Das Bundeslandwirtschaftsministerium bittet insbesondere Landwirte und Jäger, für die gegenwärtige Frühjahrsmäh alle Möglichkeiten zu nutzen, um vor der Mäh Sorge dafür zu tragen, dass sich kein Jungwild in dem jeweiligen Gebiet befindet. Dazu sollten die betreffenden Flächen vorab beobachtet und begangen werden. Landwirte, Lohnunternehmer, Maschinenringe und die örtliche Jagdaufsicht sind gefordert, rechtzeitig ein koordiniertes Vorgehen abzustimmen. Zur Rettung von Rehkitzen ist ein Forschungsprojekt des Bundeslandwirtschaftsministeriums beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Oberpfaffenhofen angelaufen. Um die Forschung zu intensivieren, fördert das BMELV das Projekt "System und Verfahren zur Rehkitzrettung während der Grünlandmäh" mit rund 2,45 Millionen Euro. Das Gesamtvolumen beträgt rund 3,3 Millionen Euro, die Laufzeit ist auf dreieinhalb Jahre angelegt. Ziel des Projekts ist die Erforschung und Erprobung nutzertauglicher Systeme zur Kitzrettung. Die Grundlage dafür liefert ein vom Bundesforschungsministerium gefördertes Projekt, bei dem verschiedene technische Lösungsvorschläge zur Wildrettung untersucht wurden. Im Mittelpunkt des Projekts steht das Grundprinzip "Finden - Markieren - Wiederfinden - Retten und Sichern". Im Vorfeld der Mäh wird das Tier über ein kombiniertes Sensorsystem, das auf einer tragbaren beziehungsweise fliegenden Plattform montiert wird, gefunden und elektronisch auf Basis so genannter RFID-Systeme (Radio Frequency Identification) markiert und aufgespürt. So können die Tiere zuverlässig gefunden, aus der Wiese getragen, für die Zeit des Mähvorgangs gesichert und dann wieder freigelassen werden. Zu den Projektpartnern zählen unter anderem das Institut für Methodik der Fernerkundung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, das Fachgebiet Höchstfrequenztechnik der Technischen Universität München sowie der Landesjagdverband Bayern. Weitere Informationen zu diesem und anderen Projekten zur Wildrettung unter <http://forschung.wildretter.de> http://www.dlr.de/eoc/desktopdefault.aspx/tabid-5294/8937_read-22072/ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0 Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62 Mail: poststelle@bmelv.bund.de URL: <http://www.bml.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundesortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.